



LÉGATION DE SUISSE  
EN INDE

New Delhi, le 1. Juli 1950.

Politischer Bericht Nr. 8.

Référence: Votre B.1.12 - L/mf  
Notre

V e r t r a u l i c h

Indien und der Korea-Konflikt - Wandlungen in der innenpolitischen Lage.

Herr Bundespräsident,

Aufmerksame Beobachter der politischen Lage hatten schon lange mit einem kommunistischen Vorstoss an der Front des kalten Krieges in Ostasien gerechnet. Der britische Botschafter in Bangkok, Sir Geoffrey Thompson, hatte im Mai angesichts der Wiederbelebung der Guerilla-Tätigkeit in Malaien eine militärische Aktion der Kommunisten gegen Indochina für den Monat Juni vorausgesagt. Nun ist der kommunistische Durchbruch an der koreanischen Front, somit an einer Stelle erfolgt, wo die politischen und militärischen Voraussetzungen, um einer wohlvorbereiteten Aktion zu raschem, durchschlagendem Erfolg zu verhelfen, am günstigsten liegen; die Erfahrung wird erweisen, ob es sich dabei um einen blossen Versuch, die Bereitschaft des Gegners zum Widerstand auf die Probe zu stellen, oder um eine Ablenkung handle, falls die kommunistische Leitung ihr Potential für genügend erachten sollte, um gleichzeitig einen Angriff an der südostasiatischen Front zu führen. Jedenfalls sind die unentbehrlichen Nachschubzentren und Stützpunkte für eine militärische Aktion, die sich im fernöstlichsten Teil des Sowjetreiches und in der Mandschurei befinden, der koreanischen Front am nächsten gelegen.

Herrn Bundespräsident Max Petitpierre,  
Vorsteher des Eidgenössischen Politischen  
Departementes,

B e r n .



- 2 -

Die südkoreanische Armee ist nicht, wie diejenige des nördlichen Landesteiles, als Volksheer organisiert, sondern stellt eine Armee von Berufssoldaten dar, die von den Amerikanern aus Beständen übernommen wurden, welche unter dem vorherigen Regime als Polizeitruppe gedient hatten. Sie verfügt nicht über eine Ausrüstung, namentlich an schweren Waffen, die es ihr gestattet hätte, einem von der Sowjetmacht mit modernem Kriegsmaterial ausgerüsteten Gegner zu widerstehen. Vielmehr war es stets das Bemühen der Amerikaner gewesen, dass die südkoreanische Armee hauptsächlich für die Aufrechterhaltung der innern Ordnung und Sicherheit diene und nicht zu aggressiven Zielen gegenüber dem Norden Verwendung finde.

Infolge einer weitgediehenen Inflation, des Mangels an einer eigenen Industrie, welcher sich daraus erklärt, dass die hauptsächlich gewerblichen Anlagen, Rohstoffe und Stromerzeugungszentren im nördlichen Landesteil liegen, und deshalb auch einer verbreiteten Arbeitslosigkeit herrschen in Südkorea starke Unzufriedenheit und materielle Not. Während in Nordkorea das Land auf Grund einer nach dem Muster der chinesischen Kommunisten durchgeführten Agrar-Reform an die Bauern verteilt worden ist, hat die von den Amerikanern in Südkorea veranlasste Bodenreform insofern ihren Zweck nicht erfüllt, als der angestrebte soziale Ausgleich nicht verwirklicht worden ist. Die im vergangenen Monat durchgeführten Wahlen hatten unter der nach Hunderten bemessenen Zahl von Parteien ein deutliches Abrücken vom Regime des greisen Präsidenten Dr. Syngman-Rhee ergeben. Wenn sich dieses Regime allein durch polizeiliche Methoden, mittels der Unterdrückung der Presse - und Versammlungsfreiheit und gestützt auf die bei der Bevölkerung wenig populäre Armee am Ruder zu halten vermochte und, nach der Darstellung des amerikanischen Publizisten O. Lattimore ( in "Situation in Asia 1949" ), haupt -

- 3 -

sächlich einigen aus dem Exil zurückgekehrten Führern, aber gleichzeitig auch den Kreisen früherer Kollaboristen in die Hände gespielt hat, konnte damit gerechnet werden, dass ein Angriff von Norden her in weiten Volkskreisen des Südens nachhaltige Unterstützung finde, ganz abgesehen von der seit langem in der Armee und Verwaltung ins Werk gesetzten kommunistischen Infiltration. Es scheint, dass der Wunsch zur Wiedervereinigung bei der Bevölkerung beider Landesteile tief verwurzelt ist, aber die Volksmeinung im Süden habe gerade die von den Amerikanern eingesetzten heutigen Machthaber als das Haupthindernis zur Verwirklichung dieses Wunsches erachtet.

Der amerikanische Botschafter in New Delhi vermag allerdings diese kritische Beurteilung der politischen Lage in Südkorea durch seinen heute so stark angefochtenen Landsmann Lattimore nicht ganz zu teilen; er gilt ihm, einem ausgesprochenen Exponenten der antirussischen Strömung im amerikanischen Staatsdepartement, als ein zu verdächtiger Gewährsmann. Aber auch Botschafter Henderson betrachtete die Erfolgsaussichten für die Abwehr des kommunistischen Ueberfalles noch Mitte dieser Woche, bevor Präsident Truman die Einsetzung amerikanischer Landstreitkräfte in Korea angeordnet hatte, als sehr zweifelhaft und er meinte, dass General MacArthur wohl einmal mehr dazu ausersehen sei, eine "losing campaign" zu befehligen. Dennoch würde nach Ansicht Mr. Henderson's selbst ein militärischer Misserfolg, der die kommunistische Front in unmittelbare Reichweite des japanischen Inselreiches vorrücken lassen sollte, nicht ausschlaggebend ins Gewicht fallen gegenüber dem gewaltigen moralischen Gewinn, welcher in der vom Sicherheitsrat angeordneten kollektiven Abwehr gegen den russischen Ueberfall und der nunmehr veranlassten Reaktivierung der amerikanischen Ostasienpolitik liegt.

- 4 -

Die indische Regierung hatte sich nur mühsam zu einer Stellungnahme zu der auf Antrag der Vereinigten Staaten am 27. Juni beschlossenen (II.) Resolution des Sicherheitsrates, der heute unter dem Vorsitz des indischen Delegierten B.N. Rau steht, durchgerungen. Es ist richtig, dass der Wortlaut dieses Antrages erst früh am 28. Juni in Delhi bekannt geworden ist; aber die Regierung setzte ihre Beratungen bis spät am 29. Juni fort und wartete zunächst einen Bericht ihres Vertreters in der UNO-Kommission für Korea ab, bis sie schliesslich nach Aussagen des Sekretärs des Kabinettes - nach einer sechsstündigen Sitzung, an der nur sieben Minister teilgenommen haben sollen, ihre Zustimmung zu dieser Resolution bekanntgegeben und gleichzeitig das in der Anlage beigefügte Communiqué veröffentlicht hat. Die öffentliche Meinung hatte allerdings bereits Stellung genommen und in den grösseren Blättern der indischen Kongresspresse war den entschlossenen Abwehrmassnahmen der Vereinigten Nationen ungeteilte Billigung gezollt worden. Einzig die "Times of India" hat in ihrem Leitartikel vom 29. Juni dem Sicherheitsrat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung das Recht zur Ergreifung von Sanktionsmassnahmen abgesprochen, wobei auch ein Hinweis auf den ungelöst gebliebenen Kaschmirkonflikt nicht fehlte, und hat vor einer Intervention der Mächte in einem Konflikt gewarnt, der lediglich von lokaler Bedeutung und von der beteiligten Nation selbst auszutragen sei. Die rechtsstehende nationalistische Presse geht noch weiter und postuliert den sofortigen Austritt Indiens aus den Vereinigten Nationen, nachdem der Sicherheitsrat in diesem Konflikt erneut Mangel an Prestige gezeigt und je und je die berechtigten Forderungen Indiens unberücksichtigt gelassen habe. Der sozialistische Führer Jai Prakash Narayan hat hingegen zu dem Beschluss der indischen Regierung vorbehaltlos seine Anerkennung ausgesprochen.

./.

./.

- 5 -

Ich hatte Gelegenheit, am Tage nach der Veröffentlichung des Communiqué mich darüber mit dem Premierminister zu unterhalten. Pandit Nehru hält die Gefahr, dass der Korea-Konflikt zu einem allgemeinen Weltkrieg auswachsen könne, nicht für besonders akut. Seines Erachtens muss jedoch alles versucht werden, um durch eine entschiedene kollektive Abwehr den Herd des Konfliktes einzudämmen und den Rechtsbrecher abzuweisen; auf diesem Wege allein lasse sich eine Klärung der Lage herbeiführen, die es später gestatte, das Gespräch zwischen den Mächten wieder aufnehmen zu lassen. Die Stellungnahme Indiens sei als Loyalitätserklärung gegenüber den in der UNO verkörperten Prinzipien der kollektiven Sicherheit zu verstehen; die indische Regierung sei es sowohl der öffentlichen Meinung des eigenen Landes, als auch der benachbarten Länder Südostasiens, für die die Haltung Indiens von richtunggebender Bedeutung sei, schuldig, eine klare Linie zu verfolgen. Allerdings bedauert es Pandit Nehru ganz entschieden, dass die Anordnungen des Präsidenten Truman weit über die Tragweite der vom Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionsmassnahmen hinausreichen, indem sie gleichzeitig einen verstärkten militärischen Schutz Formosa's und der Philippinen und eine Beschleunigung der Rüstungslieferungen an Frankreich und die von letzterem in Indochina ins Leben gerufenen Staatsgebilde einschliessen. Diese Ausdehnung der Abwehrmassnahmen der Vereinigten Staaten gegenüber dem Kommunismus habe die Stellungnahme der indischen Regierung, welche die chinesische Zentralregierung in Peking anerkannt und in der Indochina-Frage keine Stellung bezogen habe, erheblich erschwert und sei geeignet, neue Komplikationen hervorzurufen.

Meine Frage an Pandit Nehru, welchen Beistand Indien in Unterstützung der Sanktionsmassnahmen der UNO einzusetzen bereit wäre, hat er klar dahin beantwortet,

dass eine militärische Hilfe nicht in Betracht kommen könne, da sie zum vorneherein so geringfügig ausfallen würde, dass sie den Ausgang der Kampagne nicht beeinflussen könnte.

Meine Frage, in welcher Weise eine Vermittlungsaktion, auf die im Communiqué der indischen Regierung hingewiesen wird, für möglich erachtet werde, hat der Premierminister mit einem skeptischen Achselzucken erwidert; jedoch wird Ihnen nicht entgangen sein, dass am Tage nach Bekanntgabe der Stellungnahme Indiens dessen Delegierter B.N. Rau die Vertreter der Staaten ohne permanenten Sitz versammelt hat, um sich mit ihnen über die Voraussetzungen für eine Vermittlungsaktion zu beraten.

Das Communiqué der indischen Regierung hat besonderen Wert darauf gelegt, dass ihre am 29. Juni bekanntgegebene Stellungnahme nicht eine Abkehr von den bekamten Richtlinien der indischen Aussenpolitik bedeute; diese war sorgsam bemüht, sich einer Unterstützung des einen oder andern Mächteblockes zu enthalten und sich die vollste Handlungsfreiheit zu bewahren, um ihre eigenen Ziele vorbehaltlos verfolgen zu können. Pandit Nehru hat immer wieder betont, dass die sicherste Gewähr für den Frieden in der Einräumung staatlicher Unabhängigkeit und der Förderung der nationalistischen Ziele der Völker Asiens liege, und er billigt ein Interventionsrecht der Mächte grundsätzlich nur im Rahmen der von einer übernationalen Exekutivgewalt, wie der UNO, angeordneten kollektiven Aktion. Wenn aber eine der Ratsmächte selbst sich hinter dem Angreifer verbirgt und durch systematisches Fernbleiben sich jeder Diskussion und Verantwortung für die Beschlüsse der UNO entzieht, hat auch Pandit Nehru zugeben müssen, dass die Verfolgung der im Zusammenhang mit dem Ueberfall auf Korea angeordneten Massnahmen und der Weiterungen, zu denen sie noch führen könnten, eine

- 7 -

Rückkehr zur Blockpolitik und eine, allerdings nicht vorbehaltlose, Unterstützung der Ziele der einen Mächtegruppe notwendig mache.

In einer Pressekonferenz in Djakarta, während der im vorigen Monat durchgeführten "good will mission" nach Indonesien hatte übrigens Pandit Nehru am 16. Juni den Gedanken eines politischen Zusammenschlusses der Staaten Asiens, um als "third force" auf das Weltgeschehen einzuwirken, wie ihn das herzliche Einvernehmen zwischen Indien und Indonesien nahelegen würde, entschieden abgelehnt. Die in letzter Zeit zur Selbständigkeit herangereiften Nationen entbehrten seines Erachtens durchaus der materiellen Mittel, um ihrem Standpunkt auf weltpolitischem Gebiet Geltung zu verschaffen; ihre Stärke liege lediglich im moralischen Widerstand, den sie einzeln oder gemeinsam der imperialistischen Mächtepolitik entgegensetzen könnten. Statt eine weltpolitische Rolle anzustreben, sollen die Nationen alle Kräfte für die innere Konsolidierung und wirtschaftliche Erstarkung einsetzen, um ihre Unabhängigkeit wahren zu können. Pandit Nehru glaubt nicht, dass sich in absehbarer Zeit eine Zusammenkunft von Regierungsvertretern der Staaten Asiens, nach dem Beispiel der im Januar 1949 in New Delhi abgehaltenen Konferenz, rechtfertige.

\* \* \*

Der vom Sicherheitsrat der UNO zum Vermittler im Kaschmir-Konflikt ernannte australische Richter Sir Owen Dixon hat, nachdem er zunächst mit den Regierungen in New Delhi und Karachi ausgiebige Besprechungen geführt hatte, sich auf umfangreiche Reisen durch das Gebiet von Jammu-Kaschmir begeben, um sich mit den dortigen Verhältnissen vertraut zu machen und mit den lokalen Behörden Fühlung zu nehmen. Er ist erst einmal mit einer

- 8 -

Erklärung an die Öffentlichkeit getreten, aus der sich ergibt, dass er als nächsten Schritt die Einberufung einer Konferenz mit den Ministerpräsidenten Indiens und Pakistans beabsichtige. Laut Informationen, die der Gesandtschaft aus einer dem Vermittler nahestehenden Quelle zugegangen sind, ist nicht zu erwarten, dass Sir Owen Dixon eine Lösung auf dem von der früheren UN-Kommission betretenen Wege anstrebe. Vielmehr seien die beidseitigen Positionen im Laufe der nun seit mehr als zwei Jahren geführten Debatten in einer Weise festgelegt und durch die Reden verantwortlicher Staatsmänner auf beiden Seiten bekräftigt worden, die ein Zurückgehen vor der Öffentlichkeit verunmöglichen würde. Es müsse daher eine konstruktive Lösung völlig neuer Art angestrebt werden. Die Behauptung, der Vermittler sei bereits mit einem fertigen Teilungsplan an seine Aufgabe getreten, entbehrt hingegen der Begründung; es ist sehr zweifelhaft, dass durch eine Teilung eine gangbare Lösung bewerkstelligt werden könnte. Mehr Aussicht auf praktische Verwirklichung hätte wohl der Vorschlag einer vorübergehenden Treuhänderschaft, wozu allerdings ein dauerndes gutes Einvernehmen zwischen den Nachbarländern eine unerlässliche Voraussetzung wäre.

Während die Auffassungen über die loyale Durchführung des im Monat April abgeschlossenen Paktes von Delhi betreffend die Ereignisse in Bengal stark auseinandergehen, ist an einer Konferenz in New Delhi ein wichtiger Fortschritt durch die Einigung über das sog. Flüchtlingsvermögen, wenigstens hinsichtlich Mobilien, getroffen worden; die beidseitigen Inhaber von Bankkonten, Depots und Safes sollen darüber frei verfügen können; in der betreffenden Bekanntmachung konnte auch darauf hingewiesen werden, dass über die Behandlung von Immobilien eine prinzipielle Verständigung in Aussicht stehe.



Mit Bezug auf die auf Veranlassung der letztjährigen Generalversammlung der UNO vorgesehene Round Table Conference zwischen Indien, Pakistan und der Südafrikanischen Union ist nunmehr letzterer eine endgültige Absage erteilt worden, nachdem die südafrikanische Regierung sich nicht bereit gefunden hat, die sog. "Group Areas Bill" aus der parlamentarischen Beratung zurückzuziehen, obwohl dieselbe erst auf Ende des Jahres hätte in Kraft treten sollen. Pakistan und Indien machen es der Regierung der Union zum Vorwurf, dass ihren Delegierten über die Vorbereitung dieser neuen diskriminatorischen Massnahme keine Kenntnis gegeben worden ist, als sie in Capetown über die Vorbereitung der Round Table Conference verhandelt hatten.

Die vor Monatsfrist in New Delhi eingetroffene tibetanische Delegation, über die ich das Politische Departement in einem Sonderbericht unterrichtet hatte, ist letzter Tage nach Darjeeling zurückgekehrt, nachdem sich die indischen Behörden vergeblich bemüht hatten, für die Delegationsmitglieder Visa für die Einreise nach Hongkong zu erhalten, wo sie mit einer chinesischen Verhandlungsdelegation hättenzusammentreffen sollen. Von britischer Seite ist die Abhaltung solcher Besprechungen in Hongkong als unerwünscht bezeichnet worden, während umgekehrt das indische Aussenministerium es zu vermeiden trachtete, dass diese Unterhandlungen auf indischem Boden abgehalten werden. Die angeblich schon vor mehr als einem Monat von Peking abgereiste Mission, die in Erwartung des neuen Botschafters die chinesische Vertretung in New Delhi wieder eröffnen sollte, ist bis heute noch nicht in der Hauptstadt der Indischen Union eingetroffen und man behauptet beim Aussenministerium, dass man über deren Verbleib ohne alle Nachrichten sei.

\* \* \*

- 10 -

Wenn grosse Ereignisse ihre Schat-  
 ten zum voraus werfen, so beschäftigen jedenfalls die  
 ersten Wahlen zum indischen Volkshause bereits sehr leb-  
 haft die öffentliche Meinung dieses Landes; dieser grös-  
 ste Wahlakt der Geschichte, der sich auf eine Wählerschaft  
 von 170 Millionen ausdehnen wird, soll frühestens in  
 zehn Monaten zur Durchführung gelangen. Jedoch hat der  
 Führer der sozialistischen Partei, Jai Prakash Narayan,  
 der vor ungefähr drei Jahren sich vom Kongress losge-  
 sagt hatte, für die nächsten Tage eine Zusammenkunft  
 von Vertretern sämtlicher Oppositionsparteien, mit Aus-  
 nahme der Kommunisten, nach Bombay einggerufen. Ziel die-  
 ser Konferenz sollte nicht etwa die Bildung einer ge-  
 meinsamen Oppositionsfront sein; hatte er doch neben  
 linksstehenden Parteien, wie der Peasants and Workers  
 Party und der All India Scheduled Classes Federation,  
 auch die Muslim League und die Mahasabha, sowie verschie-  
 dene unabhängige rechts- und linksstehende Politiker ge-  
 laden; vielmehr sollten an dieser Konferenz lediglich  
 geeignete Vorkehren zur Sicherung freier und unabhängi-  
 ger Wahlen zur Beratung kommen. Ein solches Begehren  
 ist keineswegs aus der Luft gegriffen, wenn man weiss,  
 wie leicht in Indien öffentliche Kontroversen zu Ge-  
 walttätigkeiten führen, wie sehr der Inder des Sinnes  
 für Toleranz und Achtung vor dem Gegner entbehrt und  
 in wie exklusiver Weise die Kongresspartei über die An-  
 sprüche der Minderheiten hinweggeschritten ist; bildet  
 doch gerade die unglückliche Teilung des Landes das of-  
 fenkundigste Zeugnis für solche Intransigenz. Neuliche  
 Vorkommnisse bei der Durchführung von Wahlen in den  
 Staaten sollen die Gefahr einer Vergewaltigung der Mi-  
 noritäten durch das herrschende Kongressregime sehr deut-  
 lich an den Tag gelegt haben. In diesem Zusammenhang sei  
 auch erwähnt, dass vor kurzem festgestellt wurde, dass  
 im Distrikt Delhi 200.000, nach einer andern Version

- 11 -

sogar 400.000 Rationenkarten zu viel ausgegeben worden sind, sodass mindestens jeder fünfte Rationenausweis auf einen fiktiven Inhaber entfällt.

In einer geschickten Erklärung hat nun allerdings der Wahlkommissär der Kampagne des Sozialistenführers den Wind aus den Segeln genommen, indem er für die Begehren des Oppositionsführers, soweit sie sich auf die Verteilung der Wahlkreise, die Festsetzung der Wahllokale und die Bestimmung von Einer- und Pluralwahlkreisen, die Ausgabe von Wählerkarten und die Wahlkontrolle beziehen, grösstes Verständnis zeigte und ihm zusicherte, dass ihnen bei Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes, welches vom Parlament in seiner nächsten Session zu beraten sein wird, voll Rechnung getragen werde. Hingegen liess das Echo der Oppositionsparteien auf den Appell des Sozialistenführers sehr zu wünschen übrig und seine Initiative wird voraussichtlich nicht auf den Rückhalt der andern Oppositionsparteien zählen können.

Der Ausgang dieser Aktion darf als ein Fingerzeig dafür angesehen werden, dass sich der Kongress in den nächstjährigen Parlamentswahlen wohl ohne grosse Mühen der Gegnerschaft der verschiedenen Oppositionsparteien von rechts und links wird erwehren können. Indien kennt heute noch kein geschlossenes Parteiwesen, wie es in der parlamentarischen Demokratie vorausgesetzt wird. Sardar Patel hat in seinen Reden immer wieder ausgeführt, Indien könne sich heute eine Opposition noch nicht leisten und es könne der erzieherischen Funktionen einer Einheitspartei, ähnlich wie es die Republikanische Volkspartei in der modernen Türkei gewesen ist und der Kuomintang für das moderne China sein sollte, nicht entbehren.

Die grössten Gefahren dürften dem Kongress aus dem eigenen Schoss erwachsen. Je länger die Partei sich in der Union und in den Staaten am Ruder hält,

- 12 -

desto mehr werden die Mängel, die aus ihrer heterogenen Zusammensetzung und persönlichen Unzukömmlichkeiten hervorgehen, offenkundig werden. Die starke Aufsichtsgewalt, die die Regierung gegenüber der Wirtschaft in Anspruch nimmt, wird die Unpopularität der Partei erhöhen und könnte mit der Zeit eine Gegenbewegung auslösen, wie sie letztthin in der Türkei gegen die Republikanische Volkspartei zum Durchbruch gelangt ist. Heute schon zeigen sich in verschiedenen Staaten Spaltungen, so im Punjab, in den U.P., in Madras, Bengal und Hyderabad; diese sind meist auf Differenzen zwischen den Parteileitungen und deren Vertretern in der Regierung oder auf persönliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteigruppen zurückzuführen; für das politische Leben dieser Staaten wirken sie sich oft geradezu lähmend aus. Sollten solche abgespaltenen Gruppen sich auf nationaler Grundlage vereinigen oder mit schon vorhandenen Oppositionsparteien von rechts oder links zusammengehen, könnte dies zu einer Entwicklung führen, die für die Zukunft der Demokratie in Indien nur von heilsamer Wirkung wäre, sofern sie sich in geordneten Bahnen hält und vom politischen Verantwortungsgefühl getragen wird. Es ist hingegen sehr unwahrscheinlich, dass solche Wandlungen schon bis zu den nächstjährigen Parlamentswahlen sich vollziehen werden.

Aehnliche Differenzen bestehen ja auch im Schoosse der Zentralregierung und werden durch die Person des Ministerpräsidenten und seine Gefolgsleute aus den U.P. einerseits und die mehr konservative Gruppe um den Vizeministerpräsidenten Sardar Patel andererseits verkörpert. Nicht umsonst haben die starken Auseinandersetzungen, die den Rücktritt des Finanzministers Dr. Matthai veranlasst haben, das Thema der solidarischen Verantwortlichkeit der Regierung neu zur Diskussion gestellt.

Interessant ist es, in diesem Zusammenhang und im Hinblick auf die nächstjährigen Wahlen die Wandlungen zu beobachten, welche sich gegenwärtig

- 13 -

innerhalb der kommunistischen Partei Indiens vollziehen. Diese unter der Leitung des radikalen Führers Ranadive stehende Partei hat sich in den letzten zwei Jahren ganz auf den politischen Kampf mit illegalen und terroristischen Methoden verlassen und, angesichts der zahlreichen Verhaftungen in ihren Reihen, auch weitgehend erschöpft; es sollen ihr nun aber von der Kominform-Zentrale in Bukarest im Januar d.J. neue Weisungen zugegangen sein, die eine radikale Wendung bedingen und die Notwendigkeit des Zusammengehens mit andern links gerichteten Kreisen und des Aufbaues einer Volksfront postulieren. Es bleibt abzuwarten, ob der bisherige Führer Ranadive, der seine Fehler in aller Öffentlichkeit bekannt hat, die Führung behalten oder ob sein erbitterter Gegner Joshi, früherer Generalsekretär der kommunistischen Partei, sie ihm entreissen oder ein anderer gemässigter Kandidat die Parteileitung übernehmen werde. Jedenfalls haben die Kämpfe und Spaltungen in der kommunistischen Partei ihr Prestige bei den Massen stark vermindert und sie an Schlagkraft einbüssen lassen. Die sozialistische Partei, unter deren Generalsekretär Jai Prakash Narayan, lässt es an Anstrengungen nicht fehlen, um ihren Einfluss bei der Arbeiterbevölkerung auf Kosten der Kommunisten zu vermehren. Es ist darum fraglich, ob der neue Kurs der kommunistischen Partei, nämlich ihre Rückkehr zur Legalität, ihr eine vermehrte Anhängerschaft einbringen werde; da aber die allgemeinen Verhältnisse in diesem Lande in intellektueller und sozialer Hinsicht einen so günstigen Nährboden für die kommunistische Bewegung schaffen, muss angenommen werden, dass trotz dieser Wendung die unterirdische Tätigkeit weiter betrieben werde.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

1 Beilage

*Cominfor*

S t a t e m e n t .

BEGINS. "The Government of India have viewed with grave concern the developments in Korea involving as they do NOT only civil war but also a threat to world peace. There have been a number of border incidents between North and South Korea in the past. But, whatever the nature of these might have been, it appears clear from the information available to the Government of India that a large scale invasion of South Korea took place by armed forces of the North Korea Government. This information was supplied by a variety of sources, the most authoritative among them being the United Nations Commission on Korea on which India is represented and which, at the time of invasion, was in Seoul. In view of this information the Government of India's Permanent Delegate to the United Nations and Representative on the Security Council, Shri B.N. Rau, supported the first resolution of the Security Council which declared that such aggression had taken place and called for a cease-fire and withdrawal of the North Korean forces to the 38th Parallel.

This direction of the Security Council was NOT acted upon by the North Korea Government and their forces and the invasion continued till it threatened the capital city Seoul itself. The Security Council met again to consider this rapidly changing situation and passed the second resolution on Korea on the night of the 27th June (New York time). The Government of India's Representative in the Security Council was unable to participate in the voting on this second resolution on Korea because he could NOT communicate it in time to his Government and obtain their instructions. The operative part of this resolution "Recommends that the Members of the United Nations furnish such assistance to the Republic of Korea as may be necessary to repel the armed attack and to restore international peace and security in the area".

The Government of India have given the most careful consideration to this resolution of the Security Council in the context of the events in Korea and also of their general foreign policy. They are opposed to any attempt to settle international disputes by resort to aggression. For this reason, Shri B.N. Rau, on behalf of the Government of India, voted in favour of the first resolution of the Security Council. The halting of aggression and the quick restoration of peaceful conditions are essential precludes to a satisfactory settlement. The Government of India therefore also accept the second resolution of the Security Council. This decision of the Government of India does NOT, however, involve any modification of their foreign policy. This policy is based on the promotion of world peace and the development of friendly relations with all countries; it remains an independent policy which will continue to be determined solely by India's ideals and objectives.

S t a t e m e n t .

The Government of India earnestly hope that even at this stage it may be possible to put an end to the fighting and to settle the dispute by mediation." ENDS.

and South Korea in the past. But, whatever the nature of these might have been, it appears clear from the information available to the Government of India that a large scale invasion of South Korea took place by armed forces of the North Korea Government. This information was supplied by a variety of sources, the most authoritative among them being the United Nations Commission on Korea on which India is represented and which, at the time of invasion, was in Seoul. In view of this information the Government of India's Permanent Delegate to the United Nations and Representative on the Security Council, Shri B.N. Rau, supported the first resolution of the Security Council which declared that such aggression had taken place and called for a cease-fire and withdrawal of the North Korean forces to the 38th Parallel.

This direction of the Security Council was NOT acted upon by the North Korea Government and their forces and the invasion continued till it threatened the capital city Seoul itself. The Security Council met again to consider this rapidly changing situation and passed the second resolution on Korea on the night of the 27th June (New York time). The Government of India's Representative in the Security Council was unable to participate in the voting on this second resolution on Korea because he could NOT communicate it in time to his Government and obtain their instructions. The operative part of this resolution "Recommends that the Members of the United Nations furnish such assistance to the Republic of Korea as may be necessary to repel the armed attack and to restore international peace and security in the area".

The Government of India have given the most careful consideration to this resolution of the Security Council in the context of the events in Korea and also of their general foreign policy. They are opposed to any attempt to settle international disputes by resort to aggression. For this reason, Shri B.N. Rau, on behalf of the Government of India, voted in favour of the first resolution of the Security Council. The halting of aggression and the quick restoration of peaceful conditions are essential pre-conditions to a satisfactory settlement. The Government of India therefore also accept the second resolution of the Security Council. This decision of the Government of India does NOT, however, involve any modification of their foreign policy. This policy is based on the promotion of world peace and the development of friendly relations with all countries; it remains an independent policy which will continue to be determined solely by India's ideals and objectives.